

Landkreis Wesermarsch, Poggenburger Str. 15, 26919 Brake

An die Mitglieder des Gremiums
als Protokoll

Auskunft erteilt: Marco Witthohn
Zimmer.: 235
Telefon: 04401 – 927 326
04401 – 927 0 (Zentrale)
Telefax: 04401 – 927 339
E-Mail: marco.witthohn@lkbra.de

Brake, den 13.02.2023

Protokoll

zur öffentlichen Sitzung mit anschließendem nicht öffentlichen Teil

Gremium		KT/57/2022
Kreistag		
Am	Sitzungsdauer	Ort
Montag, 19.12.2022	16:30 bis 19:00 Uhr	Kreishaus, Großer Saal, Poggenburger Str. 15, 26919 Brake

Anwesend sind:

Stimmberechtigte Mitglieder

Dr. Hans Schmid
Torben Hafeneger
Dragos Pancescu
Thorsten Böner
Johann Evers
Heinz Feja
Hans Francksen
Reiner Gollenstede
Christoph Hartz
Kerstin Held
Gustav Hellmers
Jürgen Hülsebusch
Jürgen Janssen
Dieter Kohlmann
Ina Korter

Kreistagsvorsitz
stellv. Kreistagsvorsitzender
stellv. Kreistagsvorsitzender
Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied
Fraktionsvorsitzender
Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied
Kreistagsmitglied
Fraktionsvorsitzender
Kreistagsmitglied / Stellv. Landrat
Kreistagsmitglied

Horst Kortlang	Kreistagsmitglied / Stellv. Landrat
Leonard Krippner	Kreistagsmitglied
Ralph Krümpelmann	Kreistagsmitglied
Torsten Lange	Fraktionsvorsitzender
MdL Karin Logemann	Kreistagsmitglied
Uta Meiners	Kreistagsmitglied
Olaf Michalowski	Kreistagsmitglied
Wolfgang Nieß	Kreistagsmitglied
Volker Osterloh	Kreistagsmitglied
Gerlinde Röhr	Kreistagsmitglied
Ursula Schinski	Kreistagsmitglied
MdB Christina-Johanne Schröder	Kreistagsmitglied
Daniel Stellmann	Kreistagsmitglied
Mareike Suhr-Krippner	Kreistagsmitglied / Stellv. Landrätin (ab 16:55 h anwesend)
Uwe Thöle	Kreistagsmitglied
MdL Björn Thümmler	Kreistagsmitglied
Ralf van Norden	Kreistagsmitglied
Andreas Wedelich	Kreistagsmitglied
Erika Weubel	Kreistagsmitglied
Holger Wiechmann	Kreistagsmitglied
Horst Wieting	Kreistagsmitglied
Manfred Wolf	Kreistagsmitglied
Siegmar Wollgam	Kreistagsmitglied
Angelika Zöllner	Kreistagsmitglied

von der Verwaltung

Stephan Siefken	Landrat
Maren Würger	Leiterin Dezernat 1
Sindy Nestler	Leiterin Dezernat 3
Maren Ozanna	Gleichstellungsbeauftragte
Matthias Sturm	FD 91 - Büro des Landrats
Marco Witthohn	Leiter FD 91 - Büro des Landrats

Entschuldigt sind:

Stimmberechtigte Mitglieder

Ramona Bartz	Kreistagsmitglied
Heinz Doormann	Kreistagsmitglied
Thomas Wenzel	Kreistagsmitglied

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des Protokolls über die vorhergegangene Sitzung
- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5 Einwohnerfragestunde

Kreistag

- 6 Änderungen in der Besetzung von Gremien und Institutionen
Vorlage: 2022/FD91/371

Kreisausschuss

- 7 Änderung der Hauptsatzung
Vorlage: 2022/FD91/379
- 8 Änderung § 14 der Geschäftsordnung
Vorlage: 2022/FD91/377
- 9 Anpassung der Aufwandsentschädigung für den Kreisjägermeister
Vorlage: 2022/FD32/082

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft

- 10 Entgeltvereinbarung des Eigenbetriebs Rettungsdienst 2021
Vorlage: 2022/RettD/080
- 11 Vereinbarung über die Wahrnehmung von Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe durch die kreisangehörige Kommunen im Landkreis Wesermarsch
Vorlage: 2022/FD51/143
- 12 Anpassung der Aufwandsentschädigung für die ehrenamtlich Tätigen im Bereich Naturschutz (Landschaftswacht, Berater:innen für das Thema Hautflügler)
Vorlage: 2022/FD68/152

Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration

- 13 Zweckvereinbarung Frauen- und Kinderschutzhaus Ammerland-Wesermarsch
Vorlage: 2022/FD50/085

Jugendhilfeausschuss

- 14 Anpassung der Satzung für Tagespflegepersonen
Vorlage: 2022/FD51/148

Ausschuss für öffentliche Ordnung und Feuerwehr

- 15** Antrag der SPD-Fraktion auf Erstellung eines Bedarfsplans für die Kreisfeuerwehr
Vorlage: 2022/Dez.1/041/1

Ausschuss für Schulen, Kultur, Sport

- 16** Benutzungs- und Gebührenordnung der Georg-von-der-Vring Bibliothek
Vorlage: 2022/FD40/167
- 17** Änderung der Schulbezirkssatzung des Landkreises Wesermarsch
Vorlage: 2022/FD40/176

Betriebsausschuss Rettungsdienst

- 18** Jahresabschluss 2021 des Eigenbetriebes Rettungsdienst
Vorlage: 2022/RettD/077
- 19** Wirtschaftsplan 2023 des Eigenbetriebes Rettungsdienst
Vorlage: 2022/RettD/078

Betriebsausschuss Abfallwirtschaft

- 20** Gebührenbedarfsrechnung 2023-2025 für den Landkreis Wesermarsch
Vorlage: 2022/GIB/099
- 21** Wirtschaftsplan 2023 der Abfallwirtschaft Wesermarsch
Vorlage: 2022/GIB/100
- 22** 12. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung) im Landkreis Wesermarsch
Vorlage: 2022/GIB/101

Ausschuss für Finanzen, Personal und Gleichstellungsfragen

- 23** Abberufung einer Rechnungsprüferin
Vorlage: 2022/FD10/185
- 24** Berufung einer Rechnungsprüferin
Vorlage: 2022/FD10/186
- 25** Jahresabschluss 2020 sowie Entlastung
Vorlage: 2022/FD20/177
- 26** Annahme von Spenden und Schenkungen
Vorlage: 2022/FD20/181
- 27** Haushaltsplan und Haushaltssatzung für das Jahr 2023
Vorlage: 2022/FD20/184
- 28** Investitionsprogramm 2023-2026
Vorlage: 2022/FD20/185
- 29** Anfragen/Anregungen und Beschwerden

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
---	--

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er bedankt sich für die weihnachtliche Dekoration und das Präsent.

Er stellt fest, dass zur heutigen Sitzung ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss bei zwei fehlenden Mitgliedern beschlussfähig ist.

2	Feststellung der Tagesordnung
---	-------------------------------

Die Tagesordnung soll um zwei Punkte aus der heutigen Sitzung des Kreisausschusses, Entgeltvereinbarung Rettungsdienst und Kita-Vereinbarung mit den Kommunen, erweitert werden.

Es wird einstimmig beschlossen:

Die Tagesordnung wird um zwei Tagesordnungspunkte erweitert. Die neu aufgenommenen Punkte erhalten die Nummern 10 und 11 der Tagesordnung, die bisherigen Tagesordnungspunkte ab Nummer 10 rücken jeweils um zwei Ziffern nach unten.

Im Übrigen wird die Tagesordnung wie eingeladen, festgestellt.

3	Genehmigung des Protokolls über die vorhergegangene Sitzung
---	---

Das Protokoll über die Sitzung vom 10.10.2022 wird mit der oben ersichtlichen Änderung zu TOP 7 einstimmig genehmigt.

Herr Francksen erläutert den Antrag der SPD- und UW-Fraktion auf Änderung des Protokolls der Sitzung vom 10.10.2022 zu TOP 7 und 8. Mit Hinweis auf §17 Abs. 3 der Geschäftsordnung schlägt die Verwaltung vor, folgende Protokolländerung bei TOP 7 Absatz 5 aufzunehmen: *“Herr Francksen macht deutlich, dass vom Grundsatz Konsens bestehe, jedoch nach Auffassung der SPD- sowie der UW-Fraktion das Land nicht aufgefordert werden solle, das wasserwirtschaftliche Einvernehmen zu verweigern; man solle sich in Bezug auf den Generalplan eine grundsätzliche Verhandlungsposition offen halten.”* Herr Francksen teilt mit, dass er diesem Vorschlag zustimmen kann.

4	Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
---	---

Herr Siefken teilt mit, dass für die Zukunftszentrum Technologie Nordenham Wesermarsch GmbH zwei Bürgschaftsübernahmen für Darlehen erforderlich gewesen sind, 42.200 Euro für einen Austausch der Kesselanlage und 95.200 Euro für eine 2. PV-Anlage. Hierfür ist gemäß § 78 Abs. 3 und § 89 NKomVG eine Eilentscheidung des Kreisausschusses im Umlaufverfahren getroffen worden.

Zusammenfassend stellt Herr Siefken für das Jahr 2022 fest, dass dieses mit der gleichzeitigen Bewältigung zweier Krisen, Corona und Krieg in der Ukraine, besonders herausfordernd war. Er dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Kreisverwaltung und der Politik für die gute und verlässliche Zusammenarbeit. Er wirbt für Verständnis dafür, falls die Aufgabenbearbeitung bei steigenden Herausforderungen und in Zeiten des Fachkräftemangels auch einmal länger dauern könne.

Besonders gefreut hat sich Herr Siefken über mehr als 53.000 Euro an Spenden für das Bündnis Wesermarsch, die den kriegsvertriebenen Menschen aus der Ukraine zu Gute gekommen sind. Die Aufnahme von über 2.300 Menschen stellt eine schwierige Situation für die Kommunen und die Kreisverwaltung dar. Der Landkreis wird die Landesmittel für die Unterstützung bei der Aufnahme auf Basis der Quote der aufgenommenen Flüchtlinge an die Kommunen auszahlen.

Weitere Unterstützung wird über die neue Sammelunterkunft in Brake mit Betriebsaufnahme im Januar erfolgen.

Neben den aktuellen globalen Krisen darf auch der Klimaschutz nicht in Vergessenheit geraten. Der Landkreis hat viele Projekte, beispielsweise im Bereich Wasserstoff, hierfür auf den Weg gebracht. Eine echte Erfolgsstory ist die Förderung des Landkreises für die Anschaffung von Balkonkraftwerken mit insgesamt 100.000 EUR Zuschuss.

Herr Siefken dankt nochmals allen für die gute und konstruktive Zusammenarbeit, wünscht ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gesundes neues Jahr 2023.

5	Einwohnerfragestunde
----------	-----------------------------

Landrat Siefken verweist auf im Vorwege eingereichte Fragen von Herrn Bartsch und verliest die Antworten wie folgt:

1. Warum können die betroffenen Schulkinder nicht von ihren Wohnadressen entlang der L 860 in den Linienbus einsteigen?

Grundsätzlich haben Eltern die Möglichkeit, einen Antrag auf Einrichtung einer Bedarfshaltestelle zu stellen. Dann prüft die Kreisverwaltung, ob es sich um einen besonders gefährlichen Schulweg handelt. Dabei sind die Belange der Sicherheit aller Verkehrsteilnehmerinnen und -nehmer (z.B. Kurvenbereich, Landstraße mit der Möglichkeit 100 km/h zu fahren, Überholvorgänge) abzuwägen. Zusätzliche Haltestellen führen außerdem zu einer Verlängerung der Fahrtzeit, was sich insbesondere auf die Kinder auswirkt, die früh in den Bus einsteigen bzw. zuletzt aussteigen.

2. Warum werden den Schulkindern im Rahmen der Schulwegsicherung entlang der L 860 keine Signalwesten zur Verfügung gestellt?

Grundschul Kinder erhalten zur Prävention Warnwesten von der Verkehrswacht. Es gibt keine Verpflichtung für die Ausstattung von Schulkindern mit Warnwesten für den Landkreis. Ein kleines Kontingent hat die Kreisverwaltung zur Verfügung gestellt bekommen und kann diese bei Nachfrage bei besonderen Umständen auch an ältere Kinder verteilen. Ob die Kinder diese anziehen, liegt nicht im Einflussbereich der Kreisverwaltung. Grundsätzlich sind die Eltern in der Verantwortung und müssen unter Umständen ihre Kinder bis zur Bushaltestelle fahren bzw. sie begleiten. Der Preis für eine Warnweste liegt bei unter 3 EUR.

3. Werden alle geflüchteten Menschen im Landkreis Wesermarsch, gemäß unserer Verfassung, gleich behandelt?

Ja.

Weitere Fragen liegen nicht vor.

	Kreistag
--	-----------------

6	Änderungen in der Besetzung von Gremien und Institutionen Vorlage: 2022/FD91/371
----------	--

Es wird einstimmig beschlossen:

Die Besetzung von internen und externen Gremien durch die Verwaltung sowie die Änderung in der Besetzung der Ausschüsse für Kreisentwicklung, Klimaschutz, Inklusion und öffentliche Ordnung und Feuerwehr und Betriebsausschuss Rettungsdienst sowie des AK Partnerschaften erfolgt in der aus der Anlage ersichtlichen Form (Änderungen markiert).

	Kreisausschuss
--	-----------------------

7	Änderung der Hauptsatzung Vorlage: 2022/FD91/379
----------	---

Landrat Stephan Siefken stellt das neue Logo des Landkreises Wesermarsch vor, das zusammen mit der neuen Homepage Ende Februar der Öffentlichkeit vorgestellt werden soll. Die weiteren Änderungen der Hauptsatzung werden erörtert.

Es wird einstimmig (1 Enthaltung) beschlossen:

Der Änderung der Hauptsatzung zu § 2 (Wappen, Flaggen, Symbol und Dienstsiegel) wird in Bezug auf das Symbol mit folgendem Wortlaut und folgender Darstellung zugestimmt:

Das Symbol (Logo) des Landkreises besteht aus dem dargestellten Umriss der Wesermarsch sowie dem integrierten zweifarbigen Schriftzug der Wesermarsch in blau und grün. Der Zusatz „Der Landrat“ kann entfallen, wenn es sich um keine hoheitliche Verwendung handelt. Ausnahmsweise darf auch der Schriftzug in s/w verwendet werden.



Der Änderung der Hauptsatzung zu § 5 (Stellvertretung des Landrates) wird unter Ergänzung der Überschrift „/ der Landrätin und Wahlbeamtinnen / Wahlbeamten“ mit Wirkung zum 01.01.2023 wie folgt zugestimmt (Änderung farblich markiert).

*Der Landrat hat drei gleichberechtigte ehrenamtliche Vertreter/-innen nach § 81 Abs. 2 NKomVG. Außer der Landrätin / dem Landrat **werden die allgemeine Vertreterin / der allgemeine Vertreter als Erste Kreisrätin / Erster Kreisrat und eine weitere leitende Beamtin / ein weiterer leitender Beamter als Kreisrätin / Kreisrat** in das Beamtenverhältnis auf Zeit berufen. **Die allgemeine Vertreterin / der allgemeine Vertreter und die weitere Beamtin / der weitere Beamte gehören dem Kreisausschuss mit beratender Stimme an.***

8	Änderung § 14 der Geschäftsordnung Vorlage: 2022/FD91/377
----------	--

Es wird mehrheitlich (bei 2 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen) beschlossen:

§ 14 Abs. 1 der Geschäftsordnung wird wie folgt ergänzt:

„Alle Teilnehmenden verpflichten sich im Miteinander während der Sitzungen zu einer Kommunikationskultur, die von Offenheit, Fairness, Wertschätzung und Toleranz geprägt ist. Die Persönlichkeit und Würde jeder Person ist dabei zu achten. Diskriminierungen beispielsweise aufgrund des Geschlechts, der ethnischen Herkunft, der sexuellen Identität, des Alters, der Hautfarbe, der Behinderung, des sozialen Status sowie der Religions- und Parteizugehörigkeit werden nicht geduldet. Auch entsprechende verbale Entgleisungen werden verurteilt und zeitnah aufgeklärt.“

9	Anpassung der Aufwandsentschädigung für den Kreisjägermeister Vorlage: 2022/FD32/082
----------	---

Es wird einstimmig beschlossen:

Die monatliche Aufwandsentschädigung des Kreisjägermeisters wird ab dem 01.01.2023 auf 250,- Euro erhöht.

Herr Siefken verweist darauf, dass die Erhöhung der Aufwandsentschädigung die erste Anpassung seit über 20 Jahren sein wird.

	Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft
--	--

10	Entgeltvereinbarung des Eigenbetriebs Rettungsdienst 2021 Vorlage: 2022/Rettd/080
-----------	--

Es wird einstimmig beschlossen:

Der Entgeltvereinbarung über die Kosten im Rettungsdienst im Jahr 2021 wird zugestimmt.

Unwesentliche inhaltliche Änderungen der beigefügten Vereinbarung, die keinen Einfluss auf die tatsächlichen Entgelte haben, können bei Bedarf von Seiten der beteiligten Vertragspartner ohne nochmaligen Beschluss durchgeführt werden.

11	Vereinbarung über die Wahrnehmung von Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe durch die kreisangehörige Kommunen im Landkreis Wesermarsch Vorlage: 2022/FD51/143
-----------	---

Es wird einstimmig beschlossen:

Dem Abschluss der Vereinbarung nach Genehmigung der Haushaltssatzung 2023 wird zugestimmt.

Der Landrat weist einleitend auf eine diesbezügliche Einigung mit den Kommunen hin, die für diese Aufgabe mehr Geld erhalten werden.

12	Anpassung der Aufwandsentschädigung für die ehrenamtlich Tätigen im Bereich Naturschutz (Landschaftswacht, Berater:innen für das Thema Hautflügler) Vorlage: 2022/FD68/152
-----------	---

Es wird einstimmig beschlossen:

Die Aufwandsentschädigungen für 18 Landschaftswacht:innen und 12 Hautflüglerberater:innen wird von aktuell jeweils 20,- Euro pro Monat auf dann jeweils 50,- Euro pro Monat erhöht.

	Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration
--	--

13	Zweckvereinbarung Frauen- und Kinderschutzhaus Ammerland-Wesermarsch Vorlage: 2022/FD50/085
-----------	--

Es wird einstimmig beschlossen:

Der Zweckvereinbarung über die gemeinsame Trägerschaft des Frauen- und Kinderschutzhauses Ammerland-Wesermarsch wird zugestimmt.

	Jugendhilfeausschuss
--	-----------------------------

14	Anpassung der Satzung für Tagespflegepersonen Vorlage: 2022/FD51/148
-----------	---

Es wird einstimmig beschlossen:

1. Die Stundensätze der Vergütung für Tagespflegepersonen werden mit Wirkung vom 1. Januar 2023 um 9 % angehoben. Zudem wird die Kostensteigerung bei Energie, Hygiene, Verpflegung etc. in der Bemessung der Sachkosten berücksichtigt.
2. Der entsprechenden Neufassung der Satzung vom 24.06.2019 in der geänderten Fassung vom 27.06.2022 wird zugestimmt.

	Ausschuss für öffentliche Ordnung und Feuerwehr
--	--

15	Antrag der SPD-Fraktion auf Erstellung eines Bedarfsplans für die Kreisfeuerwehr Vorlage: 2022/Dez.1/041/1
-----------	---

Es wird mehrheitlich (bei 14 Gegenstimmen) entschieden:

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 25.10.2022, dass für die Kreisfeuerwehr ein aktueller Bedarfsplan unter Einschaltung eines externen Gutachters erstellt und hierfür die notwendigen Mittel eingeplant werden, wird abgelehnt.

Nach eingehender Diskussion und zahlreichen Wortmeldungen sowie einem Hinweis der Verwaltung auf den zeitlich und inhaltlich vereinbarten Rahmen im Fachausschuss sowie bereits im Haushalt veranschlagte Finanzmittel, stellt die Abg. Suhr-Krippner den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung in der Sache.

	Ausschuss für Schulen, Kultur, Sport
--	---

16	Benutzungs- und Gebührenordnung der Georg-von-der-Vring Bibliothek Vorlage: 2022/FD40/167
-----------	--

Es wird einstimmig beschlossen:

Den Änderungen der Benutzungs- und Gebührenordnung der Georg-von-der-Vring Bibliothek wird zugestimmt.

17	Änderung der Schulbezirkssatzung des Landkreises Wesermarsch Vorlage: 2022/FD40/176
-----------	--

Es wird einstimmig beschlossen:

Den Änderungen der Schulbezirkssatzung wird zugestimmt.

	Betriebsausschuss Rettungsdienst
--	---

18	Jahresabschluss 2021 des Eigenbetriebes Rettungsdienst Vorlage: 2022/Rettd/077
-----------	---

Es wird einstimmig beschlossen:

Die Bilanz des Jahresabschlusses 2021 des Eigenbetriebes schließt in Aktiva und Passiva in Höhe von 7.465.491,46 Euro ab. Der Jahresüberschuss per 31.12.2021 in Höhe von 592.126,03 Euro wird in die Gewinnrücklage eingestellt.

Der Jahresabschluss wird festgestellt.

Dem Betriebsleiter wird für 2021 Entlastung erteilt.

19	Wirtschaftsplan 2023 des Eigenbetriebes Rettungsdienst Vorlage: 2022/Rettd/078
-----------	---

Es wird einstimmig beschlossen:

Dem Wirtschaftsplan 2023 für den Eigenbetrieb Rettungsdienst wird zugestimmt.
Der Höchstbetrag für die Aufnahme von Liquiditätskrediten wird gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 9a NKomVG auf 1.200.000,00 Euro festgesetzt.

	Betriebsausschuss Abfallwirtschaft
--	---

20	Gebührenbedarfsrechnung 2023-2025 für den Landkreis Wesermarsch Vorlage: 2022/GIB/099
-----------	--

Es wird einstimmig beschlossen:

Der Gebührenbedarfsrechnung 2023 - 2025 für den Eigenbetrieb Abfallwirtschaft des Landkreises Wesermarsch wird zugestimmt.

21	Wirtschaftsplan 2023 der Abfallwirtschaft Wesermarsch Vorlage: 2022/GIB/100
-----------	--

Es wird einstimmig beschlossen:

Dem Wirtschaftsplan 2023 für den Eigenbetrieb Abfallwirtschaft wird zugestimmt.
Der Höchstbetrag für die Aufnahme von Liquiditätskrediten wird gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 9a NKomVG analog zu den Vorjahren auf 1.100.000,00 Euro festgesetzt.

22	12. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung) im Landkreis Wesermarsch Vorlage: 2022/GIB/101
-----------	--

Es wird einstimmig beschlossen:

Die 12. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung) im Landkreis Wesermarsch wird beschlossen.

	Ausschuss für Finanzen, Personal und Gleichstellungsfragen
--	---

23	Abberufung einer Rechnungsprüferin Vorlage: 2022/FD10/185
-----------	--

Es wird einstimmig beschlossen:

Sylvia Hinrichs wird zum 31.12.2022 als Prüferin im Fachdienst 14 – Rechnungs- und Kommunalprüfung – abberufen.

24	Berufung einer Rechnungsprüferin Vorlage: 2022/FD10/186
-----------	--

Es wird einstimmig beschlossen:

Yulia Kudimez wird zum 20.12.2022 als Prüferin im Fachdienst 14 – Rechnungs- und Kommunalprüfung des Landkreises Wesermarsch berufen.

25	Jahresabschluss 2020 sowie Entlastung Vorlage: 2022/FD20/177
-----------	---

Es wird einstimmig beschlossen:

1. Gemäß § 129 Absatz 1 NKomVG wird der Jahresabschluss 2020 in Aktiva und Passiva mit 201.725.405,80 Euro festgestellt.
2. Gemäß dem im Kreisausschuss vom 13.12.2021 bestehenden Einvernehmen sollen vom positiven Jahresergebnis in Höhe von 11.211.136,15 Euro 2 Mio. Euro der Sonderrücklage für Infrastruktur zugeführt werden und darüber hinaus der verbleibende Jahresüberschuss in Höhe von 9.211.136,15 Euro gemäß § 110 Absatz 6 Satz 3 NKomVG genutzt werden, um eine Verrechnung mit den vorhandenen kameralen Sollfehlbeträgen (bis 31.12.2006) in Höhe von 18.535.029,86 Euro (Stand 31.12.2020) vorzunehmen.
3. Dem Landrat wird Entlastung für 2020 erteilt.

26	Annahme von Spenden und Schenkungen Vorlage: 2022/FD20/181
-----------	---

Es wird einstimmig beschlossen:

Die Sachspende des Fördervereins der Oberschule Rodenkirchen in Form von Fußballtoren und Sportzubehör im Wert von 2.092,35 Euro wird angenommen und dem vorgesehenen Zweck zugeführt.

27	Haushaltsplan und Haushaltssatzung für das Jahr 2023 Vorlage: 2022/FD20/184
-----------	--

Es wird einstimmig beschlossen:

Dem Haushaltsplan 2023 wird mit den Änderungen zugestimmt.

Der Haushaltssatzung für das Jahr 2023 wird mit den Änderungen zugestimmt.

Frau Würger stellt die Änderungen dar, die sich aus den Anträgen und Debatten in den Fachausschüssen, im Finanzausschuss und Kreisausschuss ergeben haben. Sie weist auf die

Erhöhung des Ansatzes in Höhe von 50.000 EUR für Kreisentwicklung auf insgesamt 200.000 EUR und die Fußnote für die Verwendung der Mittel für kommunale Projekte mit kreisweiter Bedeutung in Höhe von 100.000 EUR hin.

Weiterhin geht Frau Würger auf die noch zu beschließenden Anträge ein. Seitens der SPD-Fraktion gemeinsam mit UW wird beantragt, aus dem zu erwartenden Jahresüberschuss 2021 eine Sonderzahlung in Höhe von zwei Mio. EUR an die Kommunen auszuschütten. Die Verwaltung empfiehlt keine weitere Sonderzahlung, zumal bereits 5,25 Mio. EUR an die Kommunen gezahlt wurden und der Landkreis gerade diesen selbst geplanten Überschuss erreichen wird. Der Antrag wurde in der Vorberatung mehrheitlich abgelehnt. Dem Antrag der Mehrheitsgruppe CDU/Grüne/FDP, die Erhöhung der Sonderrücklage für Infrastruktur in zwei Schritten aus den Jahresergebnissen 2021 und 2022 zu je 500.000 EUR vorzunehmen, wurde in den Vorberatungen gefolgt. Vom geplanten Überschuss in Höhe von rd. 883.000 EUR werden 450.000 EUR an die Kommunen ausgezahlt. Mit Blick auf die Haushaltssatzung verbleibt für den Landkreis ein Überschuss in Höhe von rd. 433.000 EUR trotz der höheren Aufwendungen für die Kommunen im Rahmen der Vereinbarung über die Kindertagesstätten und für die Unterbringung der Kriegsvertriebenen.

Herr Janssen zieht eine Haushaltsbilanz und verweist auf die vielen Krisen, die ihren Einfluss auf den Haushalt haben, auf das Verhältnis Landkreis zu seinen Kommunen und die vielen guten Maßnahmen, die sich dennoch über den Haushalt abbilden lassen. Aus seiner Sicht stellt sich der Haushalt insgesamt zufriedenstellend dar, wenn auch nicht so gut wie in der Vergangenheit. Der wesentliche Grund hierfür liegt in der Summe, die der Landkreis von der EWE zu erwarten hat. Diese wird erheblich geringer als bislang sein. Er dankt der Verwaltung für die geleistete Arbeit und bittet um Zustimmung zum Haushalt.

Herr Michalowski schließt sich dem Dank an und fasst zusammen, welche Leistungen die Kommunen für ihre zu zahlende Kreisumlage vom Landkreis erhalten. Er kritisiert die Rekommunalisierung der Raumpflegerinnen, hebt jedoch auch die vielen mit freiwilligen Ausgaben umzusetzenden Projekte hervor und lobt die Investitionen in den Katastrophenschutz.

Herr Francksen kann die Inhalte der Vorredner unterstreichen, verweist jedoch auch auf die nicht in allen Punkten gegebene Einigkeit sowohl bezüglich der verschiedenen Rücklagen als auch hinsichtlich der Ausschüttung der Mittel an die Kommunen, die vielfache Herausforderungen zu stemmen und seinerzeit ihren Beitrag beim Anteilerwerb der Wohnungsbau Wesermarsch GmbH geleistet haben. Er würde sich eine Gesamtwürdigung dieser Themen mit anderer Gewichtung wünschen. Positiv nimmt er die Unterstützung der Moorseeer Mühle zur Kenntnis. Intensive Diskussionen erwartet er im kommenden Jahr beim Thema Schule, insbesondere bezogen auf die OBS Brake.

Herr Stellmann verweist darauf, dass sich in seiner Zeit als Kommunalpolitiker seit 2007 bereits viel getan hat im Verhältnis der Zahlungsströme zwischen Landkreis und Kommunen. So sind in den letzten fünf Jahren 12 Mio. EUR an die Kommunen geflossen, zzgl. Unterstützung beispielsweise im Bereich Breitband. Noch mehr Mittel Richtung Kommunen zu lenken, hält er für schwierig und verweist auch auf die Stabilität der Kreisumlage. Die Zielsetzung des Landkreises, aus Kreismitteln echte Maßnahmen und Projekte zu entwickeln, ist der bessere und kreativere Weg.

Herr Wolf weist bezogen auf die OBS Brake darauf hin, dass es hierzu einen offenen Workshop geben wird und ergänzt in Sachen Wohnungsbau Wesermarsch GmbH, dass der Verkauf nicht aus einer Zeit stammt, in der die aktuelle Mehrheitsgruppe eine Kreistagsmehrheit hatte. Er stellt heraus, dass die Mittel aus dem Sonderfonds für Maßnahmen wie interkommunale Gewerbegebiete, Dekarbonisierungsstrategie, Energieversorgungssysteme oder Wassermanagement eingesetzt werden können, die allesamt wie auch Maßnahmen aus Kreisentwicklung oder Klimaschutz Wirkung für die Kommunen entfalten. Er bietet an, gemeinsam mit der SPD in Projekten zu denken.

Es erfolgt eine Beschlussfassung zu den noch offenen Anträgen aus der Politik:

Der Antrag der Fraktionen von SPD-Fraktion und UW auf eine Sonderzahlung an die Kommunen in Höhe von 2 Mio. EUR wird aufgerufen mit Empfehlung auf Ablehnung wie im Kreisausschuss vorberaten.

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung auf Ablehnung des Antrags der Fraktionen SPD und UW wird mehrheitlich angenommen.

Der Antrag der Mehrheitsgruppe, jeweils 500.000 EUR aus Mitteln der Jahresergebnisse 2021 und 2022 in die Strukturumlage einzustellen, wird aufgerufen mit Empfehlung auf Zustimmung wie im Kreisausschuss vorberaten.

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung auf Zustimmung des Antrags der Mehrheitsgruppe CDU/Grüne/FDP wird mehrheitlich angenommen.

28	Investitionsprogramm 2023-2026 Vorlage: 2022/FD20/185
-----------	--

Frau Würger stellt die Änderungen dar, die sich aus den vorangegangenen Sitzungen ergeben haben. Insgesamt, u.a. aufgrund von Mehrkosten für die Anschaffung eines neuen Fahrzeuges für die Kreisfeuerwehr, werden zusätzliche 60.500 EUR veranschlagt.

Es wird einstimmig beschlossen:

Dem Investitionsprogramm 2023 bis 2026 wird mit den Änderungen zugestimmt.

29	Anfragen/Anregungen und Beschwerden
-----------	-------------------------------------

Der Abg. Evers regt im Hinblick auf die Klimaanstrengungen an, Fahrgemeinschaften zu Gremiensitzungen zu bilden.

Der Abg. Krümpelmann bedankt sich beim Landrat, der immer mit Rat und Tat zur Seite stehe.

Dr. Schmid
Ausschussvorsitz

Siefken
Landrat

Witthohn
Protokollführung